

Steffen Zillich
Parlamentarischer Geschäftsführer

DIE LINKE.
IM ABGEORDNETENHAUS
VON BERLIN

DIE LINKE, Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin • Niederkirchnerstr. 5 • 10111 Berlin

Herrn Eberhard Schultz
Eberhard-Schultz-Stiftung
für soziale Menschenrechte und Partizipation
Rohrwallallee 31

12527 Berlin

info@sozialemenschenrechtsstiftung.org

Berlin, d. 24. Oktober 2016

Sehr geehrter Herr Schultz,

Sie haben sich an verschiedene Abgeordnete meiner Fraktion mit der Frage gewandt, ob wir uns dafür einsetzen, dass das soziale Menschenrecht auf Wohnen, auf angemessenen Wohnraum zu erschwinglichen Preisen für alle, als allgemeines Grundrecht in der Landesverfassung konkretisiert und als subjektives und gerichtlich durchsetzbares Recht ausgestaltet wird. Ich antworte Ihnen gern auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen.

Wie Sie richtig beschreiben, ist die prekäre Wohnungssituation in Berlin ein zentraler Punkt in den Koalitionsverhandlungen. Uns geht es wie Ihnen darum, hier deutliche Veränderungen in Angriff zu nehmen und die dafür notwendigen konkreten politischen Schritte einzuleiten. Hierin sind sich die verhandelnden Partner einig. Die konkreten Maßnahmen, Formen und Mechanismen dafür müssen erstritten werden. Das geschieht momentan, und es ist unter den Partnern vereinbarter Konsens, nicht über Zwischenstände aus den Verhandlungen zu berichten. Da hoffen wir auf Ihr Verständnis.

Wohnen ist für die LINKE ein Menschenrecht und Teil der Daseinsvorsorge. Ohne Wenn und Aber. Deshalb ist es für uns zentral, uns für menschenwürdige Wohnbedingungen, bezahlbare Mieten und lebenswerte Stadtteile einzusetzen und hierfür konkrete Festlegungen zu treffen. Gutes Wohnen bedeutet nicht nur sozial tragbare Mieten, sondern auch Wohnqualität, Selbstbestimmung im Alter oder bei Handicaps, funktionierende Nachbarschaften, grünes und sicheres Wohnumfeld sowie ausreichend Infrastruktur für den Alltag. DIE LINKE, Berlin hatte das auch in der Antwort auf Ihren Wahlprüfstein so formuliert. Sie können sicher sein, dass das für uns nicht nur Worthülsen waren, sondern dass wir um jeden einzelnen Punkt kämpfen.

Wohnen ist als Grundrecht nicht im Grundgesetz, aber in sieben von sechzehn Landesverfassungen verankert, darunter auch Berlin. Hinsichtlich Ihres oben genannten

DIE LINKE, Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin
fon: 030.23252571, fax: 030.23252515
zillich@linksfraktion-berlin.de

Anliegens allerdings müssen wir realistisch bleiben: Zum einen haben die verhandelnden potentiellen Koalitionspartner in Berlin keine verfassungsändernde Mehrheit. Und zum anderen wäre ein solches Leistungsgrundrecht, selbst wenn es in die Berliner Verfassung Eingang fände, nur innerhalb der durch das Grundgesetz beschriebenen Grenzen umsetzbar. Aus diesen Gründen prüfen wir hier zwar alle Optionen, sehen aber die vordergründige Verpflichtung, konkrete Schritte gegen Wohnungsnot, Verdrängung und weitere soziale Spaltung zu vereinbaren und deren Umsetzung zu sichern.

In diesem Bemühen hoffen wir, Sie und Ihre Stiftung weiterhin an unserer Seite zu wissen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of stylized, overlapping loops and curves, likely representing the name 'Steffen Zillich'.

Steffen Zillich